

---

# Frieden und Sicherheit

## Schlaglicht

### Die ambivalente Rolle von Mittelschichten in Transformationskonflikten

Tahrir, Taksim, Maidan. Rund um den Globus demonstrieren Hunderttausende. Was eint die Proteste in der Türkei mit denen in Thailand? Joshua Kurlantzick (2013) glaubt, einen roten Faden gefunden zu haben, der die Massenproteste [vgl. Tabelle 1] in den Philippinen (2000/01), Venezuela (2001/02), in der Ukraine (2004, 2013/14), Kirgisistan (2005, 2010), Thailand (2006, 2008, 2013/14), Ägypten (2011, 2013) und in der Türkei (2013) verbindet: die Wut der Mittelschichten über die Korruption und den Machtmissbrauch ihrer Regierungen. Die Anlässe und der Ausgang dieser Proteste mögen sich unterscheiden, doch der Ablauf folgt einem erstaunlich ähnlichen Skript.

Die Massenproteste in all diesen Ländern richten sich gegen gewählte Regierungen. Trotz aller Mängel sind diese Länder Demokratien, in denen die Mehrheitsbevölkerung von ihrem Recht, ihre Regierungen durch Wahlen zu bestimmen, Gebrauch macht. Nur wenig verbindet so unterschiedliche Politiker wie den boliviarischen Sozialisten Chávez, den neoliberalen Tycoon Thaksin und den islamischen Konservativen Erdoğan. Sie alle haben jedoch erkannt, dass sich mit den Hoffnungen und Erwartungen der aufstrebenden Mehrheitsbevölkerung in den Provinzen Wahlen gewinnen lassen. Die Bevölkerungsmehrheit, bisher weitgehend vom wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben ausgeschlossen, dankt es ihnen mit Loyalität an den Wahlurnen.

Erst einmal an der Macht, entpuppen sich die Volkstribune in vielen Staaten allerdings schnell als »gewählte Autokraten«. Wie zahlreiche Beispiele zeigen, bedrohen sie die Opposition, machen Journalisten mundtot und untergraben die jungen demokratischen Institutionen. Dieser Machtmissbrauch und die grassierende Korruption werden von den etablierten Eliten und Mittelschichten in den jeweiligen Hauptstädten als Bedrohung empfunden. Da es die Establishment-Parteien jedoch verpasst haben, ihre Programme für die Mehrheitsbevölkerung attraktiv zu machen, gewinnen die »gewählten Autokraten« eine Wahl nach der anderen. In ihrer Verzweiflung wenden sich die etablierten Mittelschichten von der Wahldemokratie ab und rufen nach der starken Hand. Die traditionellen Eliten im Militär, in den Bürokratien, der Justiz, der Wirtschaft und an den Universitäten kommen diesem Wunsch nur allzu gerne nach.

Doch auch autoritäre Interventionen brechen nicht zwangsläufig die Macht der »gewählten Autokraten«. Trotz Justiz- oder Militärputschen gelang es populären Volkstribunen wie Chávez oder Thaksin mit der Unterstützung der Mehrheitsbevölkerung immer wieder, an die Macht zurückzukehren. In Ägypten und Thailand antwortete die Allianz aus alten Eliten, urbaner Mittelschicht und Militär mit noch härterer Unterdrückung.

Wie diese Machtkämpfe ablaufen

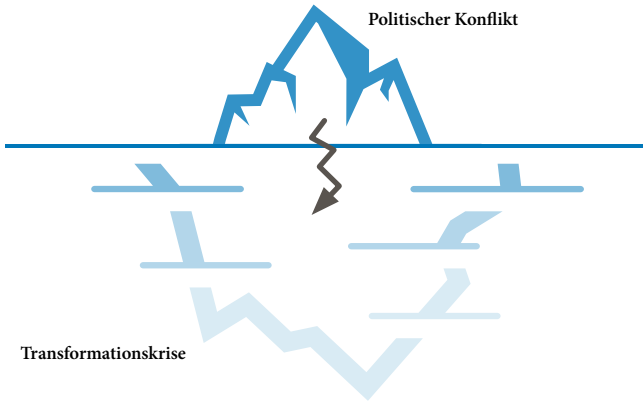
<b>Tabelle 1: Transformationsprozesse mit ähnlich gelagerten Konfliktmustern 2000–2014</b>		
<b>Land</b>	<b>Jahr</b>	<b>Regierung, Ergebnis der Massenproteste</b>
Philippinen	2000/01	Estrada, gewählt, abgesetzt
Venezuela	2001/02	Chávez, gewählt, im Amt verblieben
Taiwan	2004, 2006	Chen, gewählt, im Amt verblieben, später verurteilt
Kirgisistan	2005, 2010	Akajew, gewählt, abgesetzt; Bakijew, gewählt, abgesetzt
Bangladesch	2006/07	Zia, gewählt, im Amt verblieben
Georgien	2007	Saakaschwili, gewählt, im Amt verblieben
Bolivien	2008	Morales, gewählt, im Amt verblieben
Kenia	2007/08	Kibaki, im Amt verblieben (internationale Mediation)
Ukraine	2004, 2013/14	Janukowitsch, gewählt, abgesetzt
Ägypten	2011, 2013	Mubarak, abgesetzt; Mursi, gewählt, abgesetzt
Türkei	2013	Erdoğan, gewählt, im Amt verblieben
Brasilien	2014	Rousseff, gewählt, im Amt verblieben
Thailand	2006, 2008, 2013/14	Thaksin Shinawatra, gewählt, abgesetzt; Yingluck Shinawatra, gewählt, abgesetzt
Quelle: eigene Zusammenstellung		

und enden, hängt von den spezifischen Kräftekonstellationen ab. Diese lokalen Unterschiede sollten aber nicht das Gemeinsame verdecken: die Transformationskonflikte um die Neugestaltung der politischen und sozialen Ordnung [vgl. Abbildung 1]. Wirtschaftliche Entwicklung und Globalisierung verändern die Gesellschaften in rasendem Tempo, überfordern die traditionellen politischen Systeme und höhlen die Wertefundamente aus. Das überfällige »Upgrade des Betriebssystems« fällt aber unter den Bedingungen sozialer Kämpfe schwer.

Thailand ist ein gutes Beispiel dafür, wie aufstrebende soziale Gruppen, vor allem die nach dreißig Jahren kräftigen

Wachstums entstehenden neuen Mittelschichten in den Provinzen sowie die heranwachsenden, kosmopolitischen Mittelschichten Bangkoks, den alten Gesellschaftsvertrag gekündigt haben. Die Neuverhandlung des Gesellschaftsvertrages scheitert jedoch am Widerstand all derjenigen, die vom Status quo der alten Ordnung profitieren. Dabei handelt es sich keinesfalls nur um die alten Eliten, die ihren Status und ihre Privilegien verteidigen. Für viele Menschen bietet die symbolische Ordnung Schutz und Heimat im »Taumel des Wandels«, der ihre Welt über Nacht aus den Angeln zu heben scheint. Viele sehen mit dem Untergang der sozialen Welt, in die sie hineingeboren wurden, ihre eigene

Abbildung 1: Der politische Konflikt ist nur die Spitze des Eisbergs einer tieferliegenden Transformationskrise



Quelle: eigene Darstellung

Identität bedroht. Ängste vor sozialem Abstieg und Identitätsverlust geben den sozialen Kämpfen um die neue Ordnung eine paranoide, aggressive Note. Nicht zufällig machen sich in Zeiten schneller Umbrüche faschistoide Gruppen auf die Suche nach Sündenböcken, die »ausgelöscht« werden sollen, um eine imaginierte »Goldene Vergangenheit« wiederherzustellen.

In diesem Transformationskonflikt zwischen den Kräften des Wandels und der Restauration spielen die etablierten Mittelschichten eine entscheidende Rolle. Schlagen sie sich auf die Seite der alten Eliten, können diese die alte Ordnung stabilisieren. Verbünden sie sich jedoch mit den aufstrebenden gesellschaftlichen Schichten, ist der Wandel unvermeidlich.

Die Haltung der Mittelschichten ist einer der entscheidenden Unterschiede zwischen den Protesten rund um den Globus. In Brasilien, Israel, Spanien und Griechenland gehen die jungen Gebildeten auf die Straßen, um gegen die Exklusivität ihrer gesellschaftlichen

Ordnungen zu demonstrieren. In Thailand hingegen suspendiert die etablierte Mittelschicht die Wahldemokratie, um die alte Ordnung zu erhalten.

Es lohnt sich daher, die Motivationen, Frustrationen und Ängste der »Wutbürger« näher zu untersuchen. Es fällt nicht leicht, hinter den schrillen nationalistischen, sexistischen, gewaltbereiten, antidemokratischen und manchmal faschistoiden Tiraden der thailändischen Demonstranten die eigentlichen Ursachen der Wut der etablierten Mittelschichten zu erkennen. Diese fühlen sich von der Allianz zwischen »gewähltem Autokraten« und den aufstrebenden Massen in den Provinzen in die Zange genommen. Zu ihrem Entsetzen mussten sie feststellen, dass sie in den von ihnen selbst gegründeten Wahldemokratien in eine permanente Minderheitenposition geraten sind. Die Missachtung von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung erhöht das Gefühl, dieser Bedrohung schutzlos ausgeliefert zu sein. Es spielt dabei keine Rolle, dass die verfolgten Aktivisten, mundtot gemacht

ten Journalisten und strafversetzten Bürokraten selbst Mitglieder der Mittelschichten sind.

Der Blick durch die »Klassenbrille« hilft, die Hoffnungen zu dämpfen, die liberale Demokratisierungstheoretiker seit jeher in die Mittelschichten setzen. Allerdings sollte diese Analyse nicht dazu verführen, die Transformationskonflikte als »Klassenkämpfe« zu vereinfachen. Richtig ist, dass die politischen Ökonomien die Exklusion der Mehrheitsbevölkerung systematisch reproduzieren. Der Transformationskonflikt in Thailand ordnet sich aber keineswegs nur entlang der Achse »Arm gegen Reich«. Meist finden sich sowohl in der Status-quo-Koalition als auch im Lager der Veränderer Akteure quer durch alle sozialen Schichten. Nicht zuletzt haben sich in den Provinzen und in der Hauptstadt aufstrebende Schichten ausgebildet, deren Aufstieg das Kräftegleichgewicht der Gesellschaft verändert.

Die Konfliktkonstellationen spiegeln vielmehr die grundsätzliche Natur der thailändischen Transformation als Koexistenz rivalisierender politischer und normativer Ordnungen wider. Um dies zu verdeutlichen, ist es hilfreich, in die Diskurse hineinzuhören. So fürchtet die etablierte Mittelschicht in der Hauptstadt, »von korrupten Politikern ausgeraubt zu werden, die ihr Geld stehlen, um mit populistischen Projekten die Stimmen der gierigen Armen zu kaufen«. Diese Haltung reflektiert einen kulturellen Paradigmenwechsel.

Patronage-Praktiken scheinen ausgerechnet in Modernisierungsprozessen wie dem thailändischen einen Aufschwung zu erfahren. Kleine und wenig entwickelte Gesellschaften organisieren sich meist entlang der persönlichen Beziehung zwischen Patron und Klient.

Interagieren jedoch Millionen von Menschen in komplexen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen, lässt sich das erforderliche Vertrauen nicht mehr durch persönliche Beziehungen organisieren. Ein leistungsfähiger Staat muss sich daher im Sinne Max Webers auf legalistisch-rationalistischen Institutionen gründen, die ohne Ansehen der Person abstrakt Regeln setzen und befolgen. Solange diese modernen Institutionen jedoch nicht effizient funktionieren, lassen sich die Herausforderungen des täglichen Lebens oft nur durch einen Telefonanruf beim Patron lösen.

Paradoxerweise wendet sich gerade die Mittelschicht gegen das Patronage-System, obwohl sie doch ständig nach dessen Hilfe ruft. Nicht mehr abhängig vom Schutz der Patrone für ihr physisches Überleben, hat die Mittelschicht die Hoheit über ihr wirtschaftliches Leben erlangt. Warum, fragen sich viele, werden wirtschaftliche Fragen durch vertragliche Vereinbarungen zwischen Gleichen geregelt, während die Mitsprache über politische Entscheidungen noch immer verwehrt wird? Forderungen nach der Modernisierung des Regierungssystems, basierend auf den Prinzipien der Verantwortlichkeit, der Transparenz, des Verdienstes und der Rechtstaatlichkeit, werden laut. Die jahrhundertalten Praktiken des Patronage-Systems werden umgedeutet: Das Belohnen von Unterstützern wird als Populismus verteufelt, die Bevorzugung der eigenen Sippschaft als Vetternwirtschaft gegeißelt und das Verteilen der »Beute« im Netzwerk als Korruption unter Strafe gestellt. Die permanenten Interventionen der Patrone unterminieren jedoch den Aufbau moderner Staatlichkeit. Korruption wird so zum Symbol des Machtmissbrauchs unver-

antwortlicher Eliten. Die Proteste der Mittelschicht richten sich also im Kern gegen den Modernisierungsstau der politischen Ordnung.

Hierin liegt ein allgemeines Dilemma von Transformationsgesellschaften: Häufig fürchtet die Mittelschicht, der Aufbau einer leistungsfähigen Daseinsvorsorge für alle Bürger führe geradewegs in den Bankrott von Staat und Wirtschaft. Solange sich die Mittelschichten bedroht und betrogen fühlen, sind sie nicht bereit, mit ihren Steuergeldern die Modernisierung des Landes zu finanzieren. Umgekehrt wird die aufstrebende Mehrheitsbevölkerung den Status quo solange infrage stellen, bis ihr gleichberechtigte Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben gewährt wird. Solange die Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung sich nicht als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft anerkannt fühlen, treiben sie den sozialen Konflikt an, von dem sich die etablierte Mittelschicht bedroht fühlt.

Am Beispiel von Thailand zeigt sich nun, dass die sogenannte *middle income trap* eine politische Falle ist. Aufstrebende Volkswirtschaften können die gläserne Decke extraktiven Wachstums nur durchbrechen, indem sie durch erhebliche Investitionen in die Humanressourcen in der globalen Verwertungskette aufsteigen. Die Steuererhöhungen, die zur Finanzierung dieser Entwicklungs-

strategie nötig werden, lassen sich jedoch angesichts der wütenden Mittelschichten politisch nicht durchsetzen. Mit anderen Worten: Solange der Gesellschaftsvertrag nicht neu verhandelt ist, können Transformationsgesellschaften nicht auf die nächste Entwicklungsstufe aufsteigen.

Um diesen Transformationskonflikt zu lösen, muss die politische und soziale Ordnung an die Erfordernisse einer komplexen Ökonomie und pluralistischen Gesellschaft angepasst werden. In einem Klima der Angst vor dem Wandel ist diese Innovationsleistung aber keinesfalls eine technische Aufgabe.

Lösen lässt sich der soziale Konflikt daher nur durch einen sozialen Kompromiss zwischen allen Klassen. Die etablierten Mittelschichten und Eliten müssten die Demokratie als einzig legitime Regierungsform akzeptieren und gleiche Lebenschancen für alle fördern. Die Mehrheit würde dann im Gegenzug die Einschränkungen der Mehrheitsherrschaft durch Gewaltenteilung und Rechtsstaat akzeptieren. Die Mittelschicht erhielte im Tausch für die Finanzierung der Gemeinschaft sozialen Frieden, Rechtssicherheit und hochwertige öffentliche Güter. Ein inklusiver Gesellschaftsvertrag, basierend auf einem inklusiven sozialen Kompromiss, würde es erlauben, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Transformation zu meistern.

## Literatur

Kurlantzick, Joshua 2013: Democracy in Retreat. The Revolt of the Middle Class and the Worldwide Decline of Representative Government, New Haven.